

Wann, wenn nicht jetzt?

Friedensbildung – eine grundlegende und hochaktuelle pädagogische Aufgabe

Werner Wintersteiner

Aufregung um Landesverteidigung und Schule

„Bundesheer will ‚umfassende Landesverteidigung‘ in Schulen etablieren“ lauteten die Schlagzeilen Anfang August. Bildungsminister Martin Polaschek und Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (beide ÖVP) haben die Saure-Gurken-Zeit genutzt, um ihre Verständigung auf ein Thema, das doch eine gewisse Brisanz hat, zu verkündigen. Einerseits soll umfassende Landesverteidigung stärker in der Schulbildung, speziell in der politischen Bildung, verankert werden. Dazu werden zwei Offiziere in die Schulbuchkommission eingebunden. Andererseits meint das Verteidigungsministerium, eine Lösung für Personalmangel im Lehrberuf parat zu haben. Man möchte besonders Milizsoldat*innen, Heeressportler*innen oder Militärmusiker*innen für den Schulunterricht motivieren. Begründet wird dieser doppelte Vorstoß mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, „um unsere Neutralität und Unabhängigkeit auch in Zukunft wahren und schützen zu können“, so Ministerin Tanner in einer Presseaussendung.¹

Die Kritik ließ nicht lange auf sich warten. „Soldat_innen haben in Schulklassen nichts verloren. Der verstärkte Einfluss des Bundesheeres in Klassen und Lehrplänen ebnet den Weg hin zu einem militarisierten Bildungswesen“, so die prompte Stellungnahme der Österreichischen Hochschülerschaft.² Widerstand kam auch von der SPÖ-nahen *Aktion kritischer Schüler_innen* (AKS) und SPÖ-Vorsitzendem Andreas Babler. Der Versöhnungsbund hat sich in einem offenen Brief besorgt über die „Versicherheitlichung“ aller Fragen geäußert. Sogar in Deutschland hat eine Tageszeitung das Thema unter dem Titel „Militarisierte Alpenrepublik“ aufgegriffen (Junge Welt, 10. August 2023, 7). Daraufhin sah sich der linksliberale *Standard* veranlasst, zur Verteidigung der Initiative der beiden ÖVP-Minister*innen auszurücken. Lisa Nimmervoll kann darin keine Militarisierung erkennen. Sie kritisiert ihrerseits einen „verzerrten Blick auf die Rolle des Bundesheers“, erinnert daran, dass geistige Landesverteidigung in der Verfassung verankert ist und meint, es „wäre die Aufregung über eine vermeintliche ‚Militarisierung‘ der Schule ein guter Anlass, die geistige Landesverteidigung sehr buchstäblich zu fassen – und den Sommer noch zu nutzen für eine echte Bildungsdebatte.“ (Der Standard, 17. August 2023, 24)

Viel Lärm um nichts?

Ich denke, Lisa Nimmervoll hat Recht, wenn sie in der isolierten Tatsache, dass nun unter Milizsoldat*innen für den Lehrberuf geworben wird, noch keine Militarisierung der Schule erkennen kann. Auch ihre Idee, den Sommer für eine echte Bildungsdebatte zu nutzen, die leider niemand (außer dem Versöhnungsbund) aufgegriffen hat, finde ich begrüßenswert. Wenn man sich aber alle Faktoren ansieht, kommt man doch zu einem anderen Bild.

¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220807_OTS0003/tannerpolaschek-umfassende-landesverteidigung-essentiell-fuer-ganzheitliche-sicherheit-bild

² <https://orf.at/stories/3326575/>, 6. 8. 2023

Fügen wir doch die Elemente zusammen, die zusammengehören: In der Ukraine tobt der russische Angriffskrieg, der auf entschiedene Gegenwehr stößt. Westliche Staaten liefern dem bedrängten Land immer mehr Waffen zu seiner Verteidigung. Doch damit nicht genug. Der öffentliche Diskurs auch in den nicht unmittelbaren betroffenen Staaten schaltet auf Kriegsmodus. Das heißt, es wird nur mehr in militärischen Kategorien gedacht, der Sieg der Ukraine (wie immer er definiert wird) wird zur einzig akzeptierten Option. Verhandlungen werden ausgeschlossen. Dass die Gefahr der Eskalation des Krieges steigt und dass die geopolitischen Spannungen – etwa zwischen USA und China zunehmen – wird als unvermeidlich in Kauf genommen. Frieden wird zum Unwort. Militärische Stärke wird zur Kardinaltugend. Die *Zeitenwende* erfordert es.

In so einer Situation gibt es bildungspolitisch zwei Wege: Entweder die Bildung passt sich dem gegenwärtigen hysterischen Diskurs an und stellt Weichen, um den Einfluss militärischen Denkens auf Schule und Unterricht zu verstärken. Oder sie hält bewusst dagegen – aus der Überzeugung heraus, dass es gerade jetzt wichtig ist, die Jugend im Geist des Friedens zu erziehen, sie zu lehren, friedenspolitische Alternativen zu denken und den Wert friedenspolitischen Handelns zu erkennen.

Die Initiative von Polaschek und Tanner ist eindeutig ein Schritt in die erste Richtung. Denn man muss auch all dem Beachtung schenken, worüber die beiden Minister*innen nicht sprechen – nämlich über der Notwendigkeit, Friedenskompetenzen zu erwerben, die Bedeutung von Nachhaltigkeit zu verstehen und angesichts der globalen Herausforderungen eine kosmopolitische Denkweise zu entwickeln.

Was sagen die neuen Lehrpläne?

Genau das sind aber Kernpunkte der Lehrpläne für Mittelschulen und AHS-Unterstufe, die ab diesem Herbst in Kraft treten. Sie enthalten einige wesentliche bildungspolitische Weichenstellungen, die der Öffentlichkeit wohl gar nicht bewusst sind.

So heißt es z.B. in den *Leitvorstellungen* im Abschnitt „Allgemeines Bildungsziel“ des neuen AHS-Lehrplans sehr klar:

„Schule und Unterricht tragen dazu bei, dass junge Menschen befähigt werden, bei der Bewältigung von gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen eine aktive Rolle einzunehmen. Dazu gehört, dass Kompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung angebahnt werden. Wesentliche pädagogische Bereiche, die diesen Kompetenzerwerb unterstützen, sind die Bildung für nachhaltige Entwicklung, Politische Bildung mit Global Citizenship Education, Friedenserziehung und Menschenrechtsbildung.“

Diese Festlegungen gelten für alle Unterrichtsfächer. Sie schreiben somit eine zentrale Bildungsaufgabe des österreichischen Schulwesens fest. Denn in den *Leitvorstellungen* heißt es weiter: „Für das integrative Denken der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung sind sowohl fachspezifische als auch fächerübergreifende Bezüge von großer Bedeutung. Schülerinnen und Schüler und das gesamte Schulteam übernehmen gemeinsam Verantwortung, wodurch Schulen Modelle für eine zukunftsfähige Lebensgestaltung sind.“

Wie wichtig Frieden bzw. Friedenserziehung den Lehrplangestalter*innen ist, kann man auch daran ablesen, dass diese Begriffe außerdem explizit in den Fachlehrplänen *Geschichte und*

Politische Bildung sowie *Deutsch* und *Lebende Fremdsprachen* als Bildungsziele genannt werden.

Und was sagt der Herr Minister?

Es ist mir keine Äußerung des Bildungsministers bekannt, in der er diese wirklich bahnbrechenden Neuerungen der Lehrpläne lobt. Er könnte doch stolz sein auf so zeitgemäße Bestimmungen wie „Bildung für nachhaltige Entwicklung, Politische Bildung mit Global Citizenship Education, Friedenserziehung und Menschenrechtsbildung“. Daher mein Appell:

Herr Minister Polaschek, verweisen Sie doch mit aller Deutlichkeit auf Friedensbildung als zentrales Ziel der Lehrpläne!

Und wenn Sie von geistiger Landesverteidigung sprechen: Erwähnen Sie doch, dass geistige Landesverteidigung bedeutet, „die Aufgabe der Friedenspädagogik ernst zu nehmen“, wie es auf der Website Ihres Ministeriums heißt!³

Loben Sie doch die Arbeit Ihrer Expert*innen, deren neue Lehrpläne mit der fortschrittlichen internationalen Entwicklung Schritt halten! Denn die Curricula entsprechen den Leitlinien der *Nachhaltigen Bildungsziele* der UNO (2015) ebenso wie der europaweit gültigen *Dublin Declaration* zur „Global Education“ (2022) oder der *UNESCO Recommendation „Education For International Understanding“* (aktualisiert 2023).

Ein eigenes Schulfach Frieden

Wir sind also bildungspolitisch in Österreich viel besser aufgestellt, als manche Kritiker*innen es vermuten. Allerdings gibt es doch noch ein großes Defizit. Es fehlt an einem eigenen Schulfach, das als Trägerfach die Umsetzung all der genannten hehren Bildungsziele koordiniert und anführt. Denn das Doppelfach *Geschichte und Politische Bildung* hat dafür eine viel zu geringe Stundenkapazität. Und die Lehramtsausbildung kann unter den gegebenen Umständen auch kaum den beiden Schwerpunkten gleichermaßen gerecht werden. Es wäre daher ein neues Fach zu schaffen, welches das „integrative Denken der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung“ als Hauptaufgabe hat. Das Fach könnte Friedensbildung heißen, oder Global Citizenship Education, oder Planetare Bildung – die Hauptsache, es ist mit ausreichend Stunden ausgestattet, um das umzusetzen, was schon lange in unserem Schulwesen zu kurz kommt: das Zusammendenken der verschiedenen Wissensbereiche, um die Kompetenzen zur Bewältigung der Hauptaufgaben der Menschheit auszubilden – die Organisation einer Weltgesellschaft, der es gelingt, in Frieden unter den Menschen und in Frieden mit der Natur zu leben.

Dieser Beitrag erscheint im „Spinnrad“, der Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes, österreichischer Zweig, Ausgabe 3/2023. Dieses Heft widmet sich schwerpunktmäßig dem Thema dieses Beitrages. Mehr zum erwähnten Offenen Brief unter <https://www.versoehnungsbund.at/offener-brief-militarisierung-des-bildungssystems/>